

Wahlperiode 2019/2020

02.05.2019

**Antrag
des Allgemeinen Studierendenausschusses**

Tödlicher Vorfall am UKE

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

- Wir fordern eine Aufklärung des Geschehenen durch die Hamburger Staatsanwaltschaft und das UKE.
- Sowie die Universität als Ganzes dazu auf klar Stellung zu beziehen. Klären sie den Fall des toten Kommilitonen an der Universität auf und kommen Sie ihrer Verantwortung nach, die sie in der Gesellschaft haben. Verunmöglichen sie die Wiederholung eines solchen Falles.

Hamburg, den 2. Mai 2019

gez. Silas Mederer

Begründung

Es gibt sicherlich eine Menge zu dem tödlichen Vorfall am UKE zu sagen und auch wir als AStA der Universität Hamburg möchten folgende Frage stellen: Wir wollen wissen, wie es dazu kommen konnte, dass ein hilfesuchender Mensch innerhalb kurzer Zeit durch das "Sicherheitspersonal" des UKE so schwer verletzt wird, dass dieser in Folge dessen verstirbt. Wir halten es für einen Skandal, dass sich weder die Täter noch das UKE bisher dazu verhalten haben. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz klar mit der Black Community in Hamburg solidarisieren, die einen offenen Brief geschrieben hat. Wir sind davon überzeugt, dass wir zuhören müssen, wenn immer wieder nichtweiße Menschen in besonderer Härte von Gewalt betroffen sind.

Verantwortung der Uni - Zu viele Aufgaben für zu wenig Geld

Wir sehen ein strukturelles Problem darin, wie Sicherheitspersonal für Aufgaben herangezogen wird, für die es nicht ausgebildet ist: Das universitäre Sicherheitspersonal, im UKE wie überall an der Uni, wird für die Sicherung der Räume und Gebäude sowie auch für die Instandhaltung dieser verantwortlich gemacht, obwohl oftmals unklar ist, ob sie für die Erledigung dieser Aufgaben qualifiziert sind. Das dient einzig der Einsparung von Kosten und wird weder den arbeitenden Menschen noch den Bedürfnissen der Universität gerecht. Auch in diesem Fall sehen wir, dass "Sicherheitspersonal" Befugnisse mutmaßlich überschritten hat und in der Folge ein Mensch gestorben ist.

Staatsanwaltschaft in der Pflicht

Wir fordern von der Staatsanwaltschaft, dass der Fall sorgfältig untersucht wird und auch mögliche rassistische oder politische Motive nicht verschwiegen werden. Es gibt Rassismus und es gibt rassistische Gewalt; diese ist als solche klar zu benennen und zu ermitteln. Hier darf es nicht wie so oft aus Befindlichkeitsgründen zu Vertuschungen kommen. Gleichsam fordern wir ein Ende der Stigmatisierung psychisch kranker Menschen. Unser Kommilitone begab sich aus freien Stücken zum UKE um dort Hilfe zu finden. Stattdessen ist er nun tot.